



## **FRIEDEN UND DIE ZUKUNFT EUROPAS – WELCHE ROLLE SPIELEN DABEI DIE KIRCHEN?**

Konrad Raiser

Vortrag im Friedenskreis Pankow am 8. April 2016

I

Für die Zukunft Europas ist eine tragfähige Friedensordnung von entscheidender Bedeutung. Viel politische und zivilgesellschaftliche Energie ist in den Bau einer solchen Ordnung investiert worden und es schien lange, als könne das Projekt gelingen. So hat sich Europa während vieler Jahrzehnte als ziviles Friedensprojekt verstanden. In keiner anderen Weltregion gab es eine vergleichbar starke, besonders in den Kirchen und den christlichen Gemeinden verwurzelte Friedensbewegung. Der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurde besonders in Europa zum Kristallisationspunkt für die Gestaltung einer von der kirchlichen und gesellschaftlichen Basis getragenen Friedensordnung. In der ehemaligen DDR bereitete der konziliare Prozess den Boden für die friedliche Revolution.

Die 1. Europäische Ökumenische Versammlung in Basel zu Pfingsten 1989 nahm die Vision Gorbatschows vom „gemeinsamen europäischen Haus“ auf und erklärte in ihrem Schlussdokument unter der Überschrift „Auf dem Weg zum Europa von morgen“ mit Nachdruck: „In unseren Ländern oder auf unserem Kontinent gibt es keine Situation, die den Einsatz von Gewalt verlangen oder rechtfertigen würde“ (Nr. 61). Die weitgehend friedlichen Veränderungen, die dann in den mittel- und osteuropäischen Ländern folgten, schienen diese Überzeugung zu bestätigen. Die von den Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedsstaaten im November 1990 beschlossene „Charta für ein neues Europa“ erklärte den Kalten Krieg für beendet und sah sich am Beginn einer Friedensordnung von „Vancouver bis Wladiwostok“.

Diese in Basel und Paris ausgesprochenen Hoffnungen wurden freilich schnell enttäuscht. Im Jahr 1992 begann die Auflösung des ehemaligen Jugoslawien mit der Unabhängigkeitserklärung erst von Slowenien und dann von Kroatien, die sich von der serbischen Vorherrschaft befreien wollten. Die Reaktion Serbiens, getragen vom Traum der Herstellung eines großserbischen Staatsbildes, führte zum Krieg um Bosnien-Herzegowina und später dem Kosovo-Konflikt. Zum ersten Mal seit dem Ende des 2. Weltkrieges war damit der Krieg mit dem Einsatz der NATO nach Europa zurückgekehrt. Alle Bemühungen um eine friedliche, politische Lösung des Balkankonflikts blieben erfolglos angesichts des Aufflammens nationalistischer Leidenschaften, in die auch die Kirchen hineingezogen wurden. Aber dies war nicht der einzige Bruch der erhofften europäischen Friedensordnung. Zwischen Armenien und Aserbeidschan, den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken, kam es zum gewaltsamen Konflikt um die Enklave Nagorny-Karabach, der jetzt neu aufgeflammt ist; es folgten, ebenfalls am Rande der ehemaligen Sowjetunion, die militärischen Konflikte im Kaukasus sowie zwischen Russland und Georgien. Und seit 2014 ist Europa in seiner Friedensfähigkeit gelähmt durch den Konflikt in der Ukraine, durch den wir wieder gefährlich nah in die frühere Konfrontation zwischen Russland und dem Westen hineingeraten sind. Auch wenn alle beteiligten und interessierten Parteien betonen, dass diese Konflikte nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden können, hat es doch den Anschein, als ob auch in Europa der Krieg als Mittel der Politik wieder hoffähig geworden ist. Zwar spricht man offiziell von „bewaffneten Konflikten“, um den Rückfall in die klassische Kriegsrethorik zu vermeiden. Aber das Selbstbild Europas als Zone des Friedens in einer friedlosen Welt ist nachhaltig erschüttert. Die Zukunft Europas ist unsicher geworden.

Europa braucht eine Friedensordnung noch dringlicher als andere Regionen, denn die Vergangenheit hat viele ungelöste Konflikte hinterlassen, die als Folge des Globalisierungsprozesses und der Aufhebung ehemals schützender Grenzen neu aufbrechen. Im vergangenen Jahrhundert war es Europa, dessen von fehlgeleitetem Nationalismus motivierte Bürgerkriege zum Auslöser für zwei Weltkriege wurden. Bis zum Ersten Weltkrieg hatten die großen europäischen Imperien als Vielvölkerstaaten jedenfalls im Inneren eine gewisse Friedensordnung aufrechterhalten. Es waren dann die Hegemonialkonflikte zwischen den europäischen Mächten mit ihren imperialen Ansprüchen, welche dieses Gerüst zum Einsturz brachten. Sie besiegelten zugleich das Ende der internationalen europäischen Dominanz und brachten die USA als neue Weltmacht ins Spiel. Der Versailler Vertrag sollte die Grundlage für eine neue europäische und internationale Ordnung bilden, aber er enthielt zugleich den Keim für eine erneute Macht-Konfrontation. Die Auflösung des Habsburger-Reiches und des Osmanischen Reiches hatten die Bildung einer Vielzahl von neuen, in ihrem inneren Zusammenhalt ungesicherten Nationalstaaten in Mittel- und Südost-Europa zur Folge, wie auch die künstliche Aufteilung der nahöstlichen Territorien. Nach der russischen Revolution trat die neue Sowjetmacht das Erbe des zaristischen Reiches an und verleibte sich sukzessive mehrere gerade erst unabhängig gewordene Nationalstaaten ein, wie z.B. die Ukraine, Armenien, und die baltischen Länder.

Der größtenwahnsinnige Versuch Nazideutschlands, die „Schmach“ des Versailler Vertrages zu überwinden und auf der Grundlage seiner verbrecherischen rassistischen Ideologie eine deutsche Hegemonie über Europa herzustellen war der Auslöser des 2. Weltkrieges und in seiner Folge ein Ansporn, die vergeblichen Versuche der Herstellung einer tragfähigen internationalen Ordnung verstärkt wieder aufzunehmen. Der zu schwache Völkerbund wurde ersetzt durch die Vereinten Nationen, die in ihrer Charta zum ersten Mal den Angriffskrieg ächteten. Gleichzeitig kam es zur Ausbildung des Kriegsvölkerrechts in Gestalt der Genfer Konventionen und zur Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Vieles, wofür die Kirchen in der ökumenischen Bewegung seit Jahrzehnten eingetreten waren, nahm nun rechtlich und politisch verbindliche Gestalt an. In Europa kam es unter tatkräftiger Mitwirkung der Kirchen und auf der Grundlage elementarer christlicher Überzeugungen zu einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern im Zeichen der Versöhnung. Die Vorstellungen für den Aufbau einer neuen Ordnung nach dem Krieg, die z.B. in den Memoranden des Kreisauer Kreises und ökumenischer Partner formuliert worden waren, wurden nun aufgenommen beim Aufbau der ursprünglichen Europäischen Gemeinschaft.

Aber der 2. Weltkrieg hatte für Europa die Hypothek des Hegemonialkonflikts zwischen den USA und der Sowjetunion hinterlassen, in dessen Folge Europa zwischen den Einflusssphären der beiden Großmächte geteilt wurde. Während das westliche Europa mit großzügiger, aber durchaus interessengeleiteter Unterstützung durch den Marshallplan relativ bald wieder handlungsfähig wurde und sich in der Europäischen Gemeinschaft enger zusammenschloss, wurde der östliche Teil politisch, wirtschaftlich und militärisch eingebunden in den Machtbereich der Sowjetunion. Der Kalte Krieg und besonders die drohende atomare Konfrontation vertiefte die Spaltung Europas und hinterließ eine kaum vernarbte Wunde im Bewusstsein der Völker Europas. Es waren vor allem die christlichen Kirchen und die ökumenischen Organisationen, wie die KEK und der ÖRK, die das Bewusstsein von der Zusammengehörigkeit Europas in Ost und West und damit von der Notwendigkeit von Frieden und Versöhnung lebendig erhielten, oft gegen starke politische Widerstände.

Die berühmte Ostdenkschrift der EKD von 1965 hat, zusammen mit dem Austausch von Briefen zwischen den polnischen und den deutschen katholischen Bischöfen, den Boden bereitet für ein politisches Umdenken, das sich in der Ostpolitik der Bundesregierung unter Willy Brandt, den Verträgen von Warschau und Moskau und schließlich der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 niederschlug. Damit übernahmen zum ersten Mal alle europäischen Staaten zusammen mit den USA, Kanada und der Sowjetunion eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Veränderungen in der Sowjetunion unter Gorbatschow und seine Vision vom „gemeinsamen europäischen Haus“ wären ohne den Vorlauf des Helsinkiprozesses undenkbar gewesen. Gleiches gilt für die Entstehung aktiver zivilgesellschaftlicher Gruppierungen

in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Die Pariser *Charta für ein neues Europa* dokumentierte das Ende der Konfrontation des Kalten Krieges und der Teilung Europas. Ihre Selbstverpflichtungen sind freilich noch nicht eingelöst. Durch die weitreichenden anschließenden Beschlüsse der KZSE-Gipfelkonferenz in Budapest 1994 („Budapester Protokoll“) wurde die bisherige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umgewandelt in die OSZE; sie sollte als Instrument dienen, um die inzwischen ausgehandelten Verträge über Abrüstung und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur umzusetzen und die postsozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas beim Aufbau demokratischer Strukturen zu begleiten und zu unterstützen.

### III

Der Pariser Charta wurde noch von M. Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion unterzeichnet. Ein Jahr später wurde er, nach einem Putschversuch, von B. Jelzin entmachtet. Gorbatschows Politik der Demokratisierung der Sowjetunion hatte die Abspaltung der Ukraine, der baltischen Staaten und anderer Sowjetrepubliken zur Folge und führte zum faktischen Zerfall des sowjetischen Reiches, der dann von Jelzin als Nachfolger auch offiziell vollzogen wurde, verbunden mit dem Verbot der kommunistischen Partei. Im Westen wurde diese Entwicklung als Sieg der eigenen Politik begrüßt, ohne sich Rechenschaft zu geben über die dadurch entstandene Unsicherheit für die Zukunft Europas. Das Gelingen des KSZE-Prozesses war gebunden gewesen an die Abstützung durch die beiden Großmächte USA und Sowjetunion. Gorbatschows Vision vom gemeinsamen europäischen Haus setzte voraus, dass es zu einem wirklichen Neubau einer Friedensordnung für Europa kommen werde mit der Bereitschaft zu entsprechenden Veränderungen auch bei den westlichen Partnern. Diese Bereitschaft war freilich von Anfang an nur schwach ausgeprägt.

Das zeigte sich bei den Beratungen über die zukünftige Rolle der Europäischen Union und der NATO und ihrer Beziehungen zur OSZE und zum Europa-Rat als den bereits bestehenden gesamteuropäischen Strukturen. Sowohl die EU wie die NATO waren Instrumente der westlichen Staatengemeinschaft; sie konnten in ihrer Funktionsweise nicht einfach auf den östlichen, postsozialistischen Raum in Europa ausgeweitet werden. Der schon 1991 gegründete NATO-Kooperationsrat, in den auch die postsozialistischen Länder und die Russische Föderation einbezogen waren, sollte den Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitssystems in Europa in Kooperation mit der KSZE/OSZE unterstützen. Diese zunächst auf bewusste Kooperation ausgerichtete Politik wurde 1997 verstärkt durch die Grundakte zwischen der NATO und der Russischen Föderation.

Leider haben die westlichen Partner aus der russischen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 1997/8, die durch den fehlgeleiteten Umbau der sozialistischen Strukturen ausgelöst wurde, keine selbstkritischen Konsequenzen gezogen. Sie waren zu überzeugt von der Gültigkeit ihres auf die Freiheit der Märkte ausgerichteten Systems. Die EU konzentrierte sich ab 1997 zunächst auf die mitteleuropäischen Länder, die sich historisch und politisch als konstitutiven Teil Europas verstanden. Wie im Fall der Vereinigung Deutschlands zielten die Verhandlungen auf die Übernahme des in der bisherigen EU entwickelten Systems von verbindlichen rechtlichen Regelungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und Malta der EU bei. Am 1. Januar 2007 folgten Rumänien und Bulgarien. In vielen dieser Länder wurden die mit dem EU-Beitritt verbundenen Hoffnungen der Bevölkerungen enttäuscht und es entwickelte sich ein zunehmender Nationalismus, der verbunden war mit einer historisch begründeten Abwehrhaltung gegenüber Russland.

Gleichzeitig vollzog sich die Osterweiterung der NATO, um den Sicherheitserwartungen und Bedürfnissen der ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes zu entsprechen. So wurden 1999, schon vor ihrem EU-Beitritt, Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO aufgenommen. Im Jahr 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Damit wurde faktisch die OSZE marginalisiert, entgegen den Vereinbarungen im Budapester Protokoll von 1994, mit dem die OSZE als Garant der europäischen Sicherheitsarchitektur eingesetzt worden war. Außerdem rückte die NATO, jedenfalls im Baltikum, bis an die russische Grenze vor. Dass Russland dieses Vordringen der westlich dominierten Strukturen mit wachsendem Misstrauen begleitete, wurde bei der Rede von Präsident Putin bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 deutlich. Das Misstrauen Russlands wurde verstärkt, als die EU 2009 nach dem russisch-georgischen Konflikt das Projekt der

„Östlichen Partnerschaft“ auf den Weg brachte, durch die die sechs ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Moldawien und Weißrussland mit Hilfe von Assoziierungsabkommen und anderen Unterstützungsmaßnahmen, besonders für die Zivilgesellschaft, näher an die EU herangeführt werden sollten. Es hätte den Verantwortlichen in Brüssel klar sein müssen, dass eine Assoziierung insbesondere der Ukraine als dem größten und wirtschaftlich wichtigsten der sechs Staaten an die EU ohne eine ausdrückliche Abstimmung mit Russland ein hohes Risiko und eine Quelle potentieller Konflikte darstellte. Aber das Programm wurde ohne Rücksicht auf die russischen Interessen vorangetrieben. Als Reaktion hat Russland seinerseits die seit 2010 bestehende Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan zur Eurasischen Wirtschaftsunion aufgewertet, der inzwischen auch Armenien beigetreten ist. Das Werben um die Mitgliedschaft auch der Ukraine und die vorläufige Nicht-Unterzeichnung des fertig ausgehandelten Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine wurden zum Auslöser der Maidanproteste im Spätjahr 2013, die übergingen in die militärische Konfrontation im Osten der Ukraine und in die Annexion der Krim.

Ich verzichte hier auf eine Nachzeichnung des Ukraine-Konflikts, der seit dem offiziellen Waffenstillstand im September des letzten Jahres in die schwierige Phase der diplomatisch-politischen Bearbeitung übergegangen ist. Er ist jedoch zu einem Weckruf im Blick auf die unbewältigte Aufgabe des Neubaus einer europäischen Friedensordnung geworden. Jetzt zeigt sich die Kurzsichtigkeit der westlichen Politik gegenüber der Ukraine und Russland. Die dringend notwendige wirtschaftliche Sanierung der Ukraine übersteigt die Möglichkeiten der EU. Eine in innerer Destabilisierung erstickende Ukraine ist ein potentieller Krisenherd, der nur in Kooperation mit Russland eingedämmt werden kann. Die Verantwortung für die entstandene Situation liegt auf beiden Seiten. Der Frieden in Europa kann nur zusammen mit Russland und nicht gegen Russland gesichert werden. Das zu akzeptieren fällt insbesondere den ehemals von der Sowjetunion abhängigen Staaten schwer. Aber eine auf anti-russischen Ressentiments und Ängsten begründete nationale Identität ist im „gemeinsamen Haus Europa“ auf die Dauer nicht tragfähig. Die östliche Partnerschaftspolitik der EU muss grundlegend revidiert werden, ebenso wie die Erweiterungspolitik der NATO. Die OSZE hat sich nachgerade als die einzige tragfähige Brücke zwischen den gegenläufigen Interessen erwiesen und muss in ihrer Funktionsfähigkeit gestärkt werden. Darum bemüht sich die Bundesregierung mit der von Außenminister F.W. Steinmeier in diesem Jahr wahrgenommenen Präsidentschaft der OSZE.

#### IV

Die Ukraine-Krise macht deutlich: Der Frieden und damit die Zukunft Europas steht auf dem Spiel. Aber es ist nicht nur die im Zuge des Ukraine-Konflikts zu Tage getretene geopolitische Spannung und Konfrontation zwischen der NATO und ihren Mitgliedsstaaten auf der einen und der russischen Föderation unter Präsident Putin auf der anderen Seite, welche den Frieden und die Zukunft Europas bedroht. Vielmehr ist die EU durch den Umstand, dass sie die neue, den Frieden bedrohende Konfrontation mit Russland nicht verhindert, sondern in der Zusammenarbeit mit der NATO sogar befördert hat, in ihrer Identität als „zivile Friedensmacht“ kompromittiert. Das ist nicht zuletzt die Folge der mit der „Lissabon-Strategie“ seit dem Jahr 2000 als Teil der Globalisierungspolitik bewusst vorangetriebenen Ausrichtung der EU auf Wettbewerbsfähigkeit als höchstem Wert. Sie hat zunehmende Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten geschaffen. Sie hat eine gravierende soziale Schiefelage in Südeuropa und in den neuen Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa erzeugt, hat den nationalen Egoismus gefördert und ist geeignet, auch die Rechtsordnung zu einem Instrument der rücksichtslosen Durchsetzung von Eigeninteressen zu pervertieren, während es ihre genuine Funktion wäre, der Regelung und dem Ausgleich von Interessengegensätzen zu dienen. Was unter den alten EU Mitgliedsstaaten wegen annähernd gleichem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand noch abgedeckt werden konnte, musste im Verhältnis zu den neuen Mitgliedsstaaten zu Spannungen und Blockaden führen. Inzwischen freilich zeigen sich die Folgen dieser Politik auch in den alten Mitgliedsländern im Westen, wo der von populistischen Bewegungen geschürte Widerstand gegen die EU wächst.

Die Vision des „gemeinsamen Hauses Europa“, die im Kontext der Umbrüche in den 90er Jahren beschworen wurde, ist durch die vor allem von wirtschaftlichen Interessen geprägte Erweiterungspolitik der EU in den Hintergrund gedrängt worden. Inzwischen ist jedoch offenkundig, dass ein gemeinsamer Markt keine nachhaltige Basis für eine wirkliche Union darstellt. Die EU und die für ihre Politik

Verantwortlichen müssen sich neu Rechenschaft geben über die Zielvorstellungen und leitenden Interessen der EU. Ein gemeinsames europäisches Haus jedenfalls kann nur auf der Basis von Kooperation und Solidarität und nicht durch Staatenwettbewerb verwirklicht werden. Das war der Grundansatz des KSZE-Prozesses, der mit der Pariser „Charta für ein neues Europa“ und der nachfolgenden Gründung der OSZE den Bau des europäischen Hauses hätte vorbereiten sollen.

Die politischen Akteure in den Mitgliedsstaaten sowie in Brüssel, bzw. Straßburg sind z.Zt. durch ständiges Krisenmanagement, nicht zuletzt angesichts der Flüchtlings- und Migrationsproblematik gefordert und blockiert. Natürlich muss ein Auseinanderbrechen der EU, ausgelöst evtl. durch den möglichen Austritt Englands, verhindert werden. Aber die gegenwärtige Krise offenbart deutlich die Schwächen des gegenwärtigen Systems der europäischen Einigung und die Fehler und Illusionen, von denen vor allem die Erweiterungspolitik bestimmt war. Ein Memorandum unter dem Thema: „Europa neu denken“, wie wir es als Initiative eines kleinen Gesprächskreises von engagierten Christinnen und Christen vorgeschlagen haben, könnte den Kirchen, der Politik der Bundesregierung sowie den Verantwortlichen auf europäischer Ebene neue Impulse und Perspektiven vermitteln. Dabei sollte es nicht nur um eine Neuorientierung der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik und die Aufwertung der OSZE gehen. Vor allem ist eine Neuausrichtung der Politik an den Prinzipien der Europäischen Grundrechtecharta und der Europäischen Sozialcharta, sowie eine Neujustierung der Gewichte zwischen Nationalstaatlichkeit und Europäischer Union gefordert.

Welche Rolle könnten die Kirchen dabei spielen? Die großen europäischen Ökumenischen Versammlungen im Geist des konziliaren Prozesses in Basel (1989), Graz (1997) und Sibiu (2007) und die 2001 verabschiedete Charta Oecumenica mit ihrer Verpflichtung auf die Versöhnung von Völkern und Kulturen sind Symbole für das Potential der Kirchen als Wegbereiter einer neuen Ordnung des Zusammenlebens in Europa. Natürlich haben die Kirchen nur begrenzten Einfluss auf die Formulierung einer neuen Vision für Europa, aber sie können über ihre Rolle in der Zivilgesellschaft eine neue Politik möglich machen. Vor Jahren regte der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors einen Prozess an unter dem Titel „Europa eine Seele“ geben. Kirchliche Vertreter beteiligten sich intensiv an dieser Diskussion. Daran könnte heute wieder angeknüpft werden. Die Seele, das Lebenszentrum des europäischen Friedensprojekts ist verkümmert, seit sich die EU einseitig der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im globalen Kontext verschrieben hat. Wo der Wettbewerb auf Kosten der schwächeren Mitglieder der Gemeinschaft forciert wird und den individuellen und kollektiven Egoismus sowie das Ausnutzen des eigenen Vorteils fördert, untergräbt er die Bereitschaft zur solidarischen Kooperation, von der der Zusammenhalt einer Gemeinschaft abhängt. Durch ihre klaren Stellungnahmen und ihre entsprechende Praxis in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa haben die Kirchen deutlich gemacht, dass es in Europa eine Bereitschaft zu solidarischem Handeln gibt, die politisch unterstützt und bestärkt werden muss.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzt eine Grundlage von gegenseitigem Vertrauen voraus. Vertrauen muss erworben und gepflegt werden, aber viel von dem Vertrauen, das im Zuge des KSZE-Prozesses aufgebaut wurde, ist verspielt worden. Die Kirchen haben eine besondere Berufung und Chance darin, durch vertrauensbildende Maßnahmen in der Zivilgesellschaft die zunehmenden Ängste der Bevölkerungen vor Bedrohungen ihrer Sicherheit zu überwinden. Sie können Vorurteile und neue Feindbilder aufdecken und Wege eröffnen, wie es zu einem konstruktiven Ausgleich gegensätzlicher Interessen kommen kann. So ist es ein ermutigendes Zeichen, dass die Gespräche zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und der EKD aus Anlass des Gedenkens an 70 Jahre seit dem Ende des 2. Weltkrieges wieder aufgenommen worden sind. Die Bemühungen des ÖRK, die Verständigung zwischen den Kirchen in der Ukraine zu befördern, gehören ebenfalls in den Bereich vertrauensbildender Maßnahmen. Auch die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen der russischen orthodoxen Kirche und dem Vatikan nach dem Treffen zwischen dem Patriarchen und dem Papst in Kuba ist ein ermutigendes Zeichen.

Von Dietrich Bonhoeffer haben wir gelernt: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit.“ Unter dem Eindruck der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erliegt Europa erneut der Versuchung, Frieden und Sicherheit zu verwechseln. So legitim das Bedürfnis nach elementarer Sicherheit ist und so verständlich die Ängste vor unberechenbaren Bedrohungen und Unsicherheiten sind, die Investitionen in militärische Sicherheitssysteme schaffen keinen Frieden. Die ökumenischen Diskussionen über den gerechten Frieden haben deutlich gemacht, dass Frieden ein Prozess ist. Der vom ÖRK angeregte Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens will das Wagnis des Friedens sichtbar und erfahrbar machen. Dazu gehört der entschlossene Ausbau ziviler Friedensdienste eben-

so wie die geduldige Arbeit der Diplomatie bei der Bearbeitung von Konflikten, z.B. im Rahmen der OSZE. Vor allem aber muss sich Europa den Problemen der sozialen Ungerechtigkeit und der Kluft zwischen Arm und Reich im Inneren wie in den internationalen Beziehungen stellen. Die vom BMZ im Auftrag der Bundesregierung vorgestellte „Zukunftscharta – eine Welt und unsere Verantwortung“ nimmt die Zielperspektiven der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung auf. An der Erarbeitung waren die kirchlichen Werke und Institutionen beteiligt und sie haben jetzt die Chance und Aufgabe, die Umsetzung dieser Ziele als einen wirksamen Beitrag zur Förderung des Friedens zu unterstützen. Waffenexporte jedenfalls lassen sich mit diesen Zielen nicht vereinbaren und dienen nicht dem Aufbau einer tragfähigen Friedensordnung.

Ich schließe ab mit einem weiteren ermutigenden Zeichen dafür, dass es im kirchlichen Umfeld eine neue Bereitschaft gibt, sich der Mitverantwortung für den Frieden und die Zukunft Europas zu stellen: Auf Anregung des DEKT gibt es seit dem letzten Jahr eine von kirchlichen Bewegungen in ganz Europa getragene Initiative für einen europäischen Kirchentag, der bewusst von „unten“, d.h. aus dem Raum der kirchlichen Zivilgesellschaft und nicht unter der Verantwortung der Kirchenleitungen vorbereitet wird. Im vorläufigen Arbeitspapier heißt es dazu: „Wir wissen um unsere Verantwortung, eine hoffnungsvolle Zukunft für ganz Europa und für die Welt zu schaffen. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und gutes Leben, für Mitgefühl und Solidarität. In dieser Zeit der Krisen möchten wir zur Einheit und zur Verantwortung Europas in der Welt beitragen. Inspiriert von unserem christlichen Glauben möchten wir die Grundlagen der europäischen Gesellschaft stärken.“ Und ein katholisches Mitglied der Planungsgruppe aus Belgien fügt hinzu: „Alle Christen zusammen sollen das Salz in Europa sein. Europa braucht das „Neu-Erfunden“ von menschlichen Werten und wir können gemeinsam dazu beitragen.“ Das ist auch meine Überzeugung.